

1  
2 Antragsteller: SPD Ortsverein Aschaffenburg Damm

3  
4 Adressat: SPD Stadtverband Aschaffenburg, SPD Unterbezirk Aschaffenburg

5  
6  
7 Kommunale Beschäftigungsverhältnisse nach sachgrundlosen Befristungen überprüfen  
8 und umwandeln.

9  
10  
11 Antrag:

12  
13  
14 Die SPD hat wesentlich dazu beigetragen, dass „Sachgrundlose Befristungen“ in  
15 Beschäftigungsverhältnissen im Wesentlichen abgeschafft wurden und damit ein klares  
16 Zeichen für „bessere Arbeit und tariflicher Bezahlung“ gesetzt. Jetzt kommt es darauf an  
17 das Erreichte auch umzusetzen und durchzusetzen und regelmäßig zu überprüfen,  
18 insbesondere in den Bereichen, wo wir direkt Einfluss nehmen können. Das sind  
19 insbesondere Beschäftigungsverhältnisse in der Verwaltung, den kommunalen  
20 Betrieben, auch in den Betrieben in denen die Kommunen Beteiligungen haben, sowie  
21 bei kommunalen Gesellschaften (Beispiel Stadtbau in Aschaffenburg).

22  
23 Deshalb fordern wir die SPD KommunalpolitikerInnen auf in den genannten Bereichen:

- 24
- 25 1. Eine Überprüfung, der aktuellen Beschäftigungsverhältnisse in den Kommunen,  
26 kommunalen Betrieben, auch in den Betrieben in denen die Kommunen  
27 Beteiligungen haben, sowie bei kommunalen Gesellschaften, hinsichtlich noch  
28 bestehender Verträge mit sachgrundloser Befristung vorzunehmen.
  - 29  
30 2. Es soll außerdem darauf eingewirkt werden, dass in den  
31 Kommunalverwaltungen, kommunalen Betrieben, auch in den Betrieben in denen  
32 Kommunen Beteiligungen haben und in Kommunalen Gesellschaften, die  
33 Beschäftigungsverhältnisse mit Befristung ohne Sachgrund, in unbefristete  
34 Arbeitsverhältnisse gesichert umgeändert werden.

35  
36 Begründung:

37  
38 Es ist eine schon seit langem und grundlegende Forderung der SPD, nicht nur in ihrem  
39 Programm sondern auch im Koalitionsvertrag 2018, die Arbeitswelt dahingehend zu  
40 gestalten, dass ein VollzeitarbeiterIn sein Leben ohne Unterstützung von dritter Seite  
41 aus bestreiten können muss und einen sicheren Arbeitsplatz erhält. Mit der Überschrift  
42 „Gute Arbeit für alle“ schrieb die SPD dieses nieder.

43  
44 Die Politik und damit auch wir als SPD müssen nicht warten bis andere unsere  
45 Forderungen erfüllen, sondern können und sollten mit gutem Beispiel vorangehen und  
46 über unsere gewählten kommunalen Vertreter die die SPD entsandt hat - insbesondere  
47 in Aufsichtsräte und Beiräte - unsere ureigene Forderung umsetzen.

48

49

50 Das Bestreben der SPD muss es sein, möglichst viele Arbeitnehmer und  
51 Arbeitnehmerinnen in unbefristete Arbeitsverhältnisse zu überführen, damit  
52 Alleinstehende und auch Familien Planungssicherheit sowie Finanzierungssicherheit  
53 auch Zukunftsweisend haben.

54

55 Wer von anderen „GUTE ARBEIT“ fordert, sollte mindestens ebenso mit „GUTEM  
56 BEISPIEL“ vorangehen.